

# VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN

AKTUELL

Schulreform:

## NEUE PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Die vom Berliner Senat beschlossene Schulreform garantiert Bildungsgleichheit und -gerechtigkeit. Darauf hat der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller in der Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses hingewiesen.

Die wesentliche Frage, so Michael Müller, sei: „Wie können wir diesen unhaltbaren Zustand auflösen, dass Schülergenerationen von der Haupt- oder auch der Realschule in die Perspektivlosigkeit entlassen werden, weil sie entweder gar keinen Abschluss haben oder einen Abschluss, mit dem sie in der Berufswelt nichts anfangen können?“ In Berlin sei intensiv über die Frage diskutiert worden, wie Kindern mehr Chancen gegeben werden könnten.

Mit der Schulreform werden Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Sekundarschulen zusammengefasst, an denen ebenfalls das Abitur abgelegt werden kann. Michael Müller: „Über die Sekundarschule bekommen die Kinder eine bildungspolitische Perspektive, weil wir nicht nur das Schulsystem reformieren, sondern auch entsprechend ausstatten - mit zusätzlichen Lehrerstellen, zusätzlichen Erzieherstellen, zusätzlichen Sozialarbeiterstellen und auch baulich.“

Der zentrale Kern der Reform sei nicht die Frage des Zugangs zum Gymnasium, betonte Müller. Es gehe um die Frage, wie man die bildungspolitische Perspektivlosigkeit auflöse. Die Vereinbarung zum Zugang für die Oberschulen bezeichnete der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende als „praktikable Regelung“. An Gymnasien und Sekundarschulen, an denen es mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze gibt, können in Zukunft bis zu 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler direkt von der Schule oder im Einvernehmen mit dem Schulamt ausgewählt werden, mindestens 30 Prozent werden über Los bestimmt.

Die Schulen, so Michael Müller, haben „besser denn je die Möglichkeit, ein klares Schulprofil zu entwickeln und die dafür geeigneten Schülerinnen und Schüler auszuwählen“. „Gleichzeitig werden wir mit dem Losverfahren dem Elternwillen gerecht und schaffen mehr Chancengerechtigkeit“, so der SPD-Vorsitzende. Vorteilhaft sei, so Müller, dass mit dem neuen Verfahren die oft kritisierte Auswahl nach dem BVG-Fahrplan wegfallen würde. Sinnvolle Kriterien, wie zum Beispiel die Geschwisterregelung, bleiben erhalten. ■ uh



Finanzsenator Ulrich Nußbaum mit Klaus Wowereit und Michael Müller.

## ENGE SPIELRÄUME

### Senator Ulrich Nußbaum im Interview

Im Vorwärts-Interview erläutert Finanzsenator Ulrich Nußbaum Berlins Engagement für Arbeitsplätze, die aktuelle Haushaltsplanung und die Zukunft der Bezirksfinanzen.

**Ziel der SPD ist es, angesichts der Krise möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Dafür investieren Bund und Land bereits erhebliche Mittel. Wie stark darf sich Berlin dafür verschulden, wo sehen Sie die Grenzen staatlicher Hilfe?**

In Berlin haben wir mit den beiden Konjunkturprogrammen schon massiv etwas für Investitionen und die Wirtschaft getan. Wir haben hier allein für den Investitionsteil gemeinsam mit dem Bund 632 Mio. Euro in die Hand genommen, um notwendige Investitionen vorzuziehen, die sonst erst in einigen Jahren hätten durchgeführt werden können. Hinzu kommen noch weitere Mittel im Rahmen der anderen Maßnahmen der Konjunkturprogramme. Damit haben wir aber auch die Grenzen des Machbaren erreicht. Angesichts der Haushaltszahlen und den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung muss man klar sagen, dass die staatliche Intervention in der Krise auch ihre Grenzen hat.

Ein anderes Thema, vor allem unter dem Stichwort Arbeitsplätze, ist die Hilfe für Not leidende Unternehmen. Hier muss man sehen, dass man denen hilft, die durch die Krise in einer schwierigen Situation sind. Von einer Hilfe für Unternehmen, die auch schon vor der Krise strukturelle Probleme hatten, halte ich nichts. Bei den Krediten und Bürgschaf-

ten haben für mich ganz klar die kleineren und mittleren Unternehmen Vorrang, da hier auch die meisten Arbeitsplätze für Berlin geschaffen werden. Um die Großen kümmern sich schon andere. **Sie halten am Ziel der Haushaltskonsolidierung fest. Wie viel Spielraum sehen Sie künftig bei den Ausgaben, wo sehen Sie Möglichkeiten, die Einnahmen zu verbessern?**

Der Spielraum für weitere Ausgaben ist durchaus knapp bemessen. Wir befinden uns ja gerade bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 und da musste ich auch meine Senatskollegen an die schlechten Rahmenbedingungen des Haushalts erinnern und ihnen deutlich machen, dass neue Ausgaben nur dann finanziert werden können, wenn an anderer Stelle entsprechende Einsparungen stehen. Die Einnahmesituation des Landes Berlin stellt ebenfalls ein Problem dar. Nach der jüngsten Steuerschätzung wird klar, dass wir mit 440 Mio. Euro weniger rechnen können als noch im Nachtragshaushalt vom März veranschlagt. Deshalb habe ich auch den Vorschlag gemacht, künftig Freibrufler mit in die Gewerbesteuer einzubeziehen. Das ist nicht nur vor dem Hintergrund der Steuergerechtigkeit eine sinnvolle Maßnahme, sondern bedeutet eine Umverteilung vom Bund zugunsten der Länder und deshalb auch zusätzliche Einnahmen für das Land Berlin. Für die Betroffenen ändert sich zudem wenig, da die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechenbar ist.

**Fortsetzung auf Seite II**